



WESTFÄLISCHE
WILHELMS-UNIVERSITÄT
MÜNSTER



Diskussionspapier des
Instituts für Organisationsökonomik

4/2016

Aktuelle Probleme der EU

Alexander Dilger

Discussion Paper of the
Institute for Organisational Economics

**Diskussionspapier des
Instituts für Organisationsökonomik
4/2016**

April 2016

ISSN 2191-2475

Aktuelle Probleme der EU

Alexander Dilger

Zusammenfassung

Die EU hat aktuell zahlreiche Probleme. Zehn dieser Probleme werden behandelt. Insgesamt können sie die EU in ihrer Existenz bedrohen, doch diese Herausforderungen bieten auch Chancen zur Reform und Erneuerung der EU.

JEL-Codes: D70, F15, F22, F50, H77

Current Problems of the EU

Abstract

The EU has currently several problems. Ten of these problems are examined. All in all they can threaten the very existence of the EU. However, these challenges also offer prospects to reform and renew the EU.

Im Internet unter:

http://www.wiwi.uni-muenster.de/io/forschen/downloads/DP-IO_04_2016

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Organisationsökonomik
Scharnhorststraße 100
D-48151 Münster

Tel: +49-251/83-24303 (Sekretariat)
E-Mail: io@uni-muenster.de
Internet: www.wiwi.uni-muenster.de/io

Aktuelle Probleme der EU*

In diesem Beitrag werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit aktuelle und wichtige Probleme behandelt, die die Europäische Union (EU) betreffen. Jedes einzelne Problem ist schwerwiegend. In ihrer Gesamtheit können sie die EU in ihrer Existenz gefährden. Es gibt aber auch die Chance, dass die EU diese Herausforderungen als Chance begreift und sich dadurch erneuert. Der Anspruch, möglichst alles regeln und ein Bundesstaat werden zu wollen, sollte aufgegeben werden zu Gunsten einer Rückbesinnung auf die Stärken eines Staatenbundes, der die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes, den freien Warenverkehr, die Personenfreizügigkeit, die Dienstleistungsfreiheit und den freien Kapital- sowie Zahlungsverkehr, bewahrt und ausbaut.

Konkret werden die zehn folgenden Probleme bzw. Themenbereiche behandelt: 1. Flüchtlinge, 2. Türkei, 3. Ukraine und Russland, 4. Großbritannien, 5. Freihandel, 6. Euro, 7. Schulden, 8. Demographie, 9. Wachstum und 10. Demokratie.

1. Flüchtlinge

2015 ist die Zahl der Flüchtlinge, die in die EU gekommen sind, stark angestiegen. Über eine Millionen Flüchtlinge, darunter politisch verfolgte Menschen, Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge, kamen allein nach Deutschland. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde so verstanden, dass sie alle Welt nach Deutschland eingeladen habe (vgl. Eitel/Zschäpitz 2016), was unabhängig davon, ob sie ihr „Wir schaffen das“ und die Grenzöffnung wirklich so meinte, gravierende Konsequenzen hat.

Kurzfristig verursacht diese hohe Zahl an Flüchtlingen viele Probleme, aber auch langfristig dürfte die Integration oft misslingen und zu hohen Kosten führen (siehe z. B. Bonin 2016). Wegen mangelhafter Kontrollen der Außengrenzen werden viele Grenzen im Schengen-Raum wieder kontrolliert, während die formal noch geltende Dublin-III-Verordnung (Europäische Union 2013) faktisch außer Kraft gesetzt wurde.

Momentan ist die sogenannte Balkan-Route geschlossen, insbesondere die Grenze von Mazedonien, welches gar nicht zur EU gehört, zu Griechenland. Zugleich gibt es eine zweifelhafte Vereinbarung mit der Türkei, dass diese Flüchtlinge zurücknimmt, dafür aber andere Flücht-

* Dieser Beitrag basiert auf einem Vortrag, den ich am 22. April 2016 in Münster vor der Gesellschaft zur Förderung der Forschung auf dem Gebiet des Siedlungs- und Wohnungswesens e. V. gehalten habe. Ich danke den Teilnehmern für wertvolle Hinweise, bin aber natürlich allein für den Inhalt, die vertretenen Ansichten und mögliche Fehler verantwortlich.

linge schicken darf, viel Geld und Visafreiheit erhält sowie die Beitrittsverhandlungen zur EU wieder intensiviert werden (siehe das nächste Kapitel).

Andere Flüchtlingsrouten sind noch gefährlicher als die von der Türkei auf eine griechische Insel. Aber die EU reizt weiter zum Kommen und dem Riskieren des eigenen Lebens an, weil die meisten Flüchtlinge faktisch bleiben können und allein schon durch Sozialtransfers oft ein Vielfaches von dem bekommen, was sie zu Hause durch Arbeit verdienen könnten.

Nötig wäre es, dass die EU ihre Außengrenzen wirksam kontrolliert und nur diejenigen Menschen aufnimmt, die tatsächlich verfolgt werden und auch anderswo nicht sicher untergebracht werden können. Allen anderen ist in ihrer Heimat oder in sicheren Drittstaaten zu helfen, während Arbeitsmigration nur geordnet nach für die EU relevanten Kriterien zuzulassen ist, also insbesondere von hoch- und höchst-, nicht von gering- oder gar nicht qualifizierten Personen.

2. Türkei

Die Türkei bzw. ihre Regierung hat zahlreiche Gegenleistungen ausgehandelt, um Flüchtlinge von der EU zurückzunehmen (siehe Europäische Kommission 2016). So nimmt die EU für jeden zurückgesandten Flüchtling aus Syrien einen anderen freiwillig auf. Außerdem bekommt die Türkei 6 Milliarden Euro, Visafreiheit und schnellere Verhandlungen über ihren EU-Mitgliedsantrag.

Die türkische Regierung und insbesondere der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan verbitten sich außerdem jede Kritik. Die Bundesregierung ermächtigte deshalb zu einer Sonderstrafverfolgung wegen Majestätsbeleidigung (nach § 103 in Verbindung mit § 104a StGB statt wie jede Beleidigung nach § 185) gegen einen deutschen Satiriker (siehe Bundesregierung 2016a). Dabei ist die Menschenrechtsslage in der Türkei problematisch und sind die Pressefreiheit sowie insgesamt der Rechtsstaat gefährdet (vgl. Karakoyun 2016). Die türkische Regierung kämpft gegen Kurden im eigenen Land und in ihren Nachbarländern, während sie zugleich den IS unterstützt (vgl. Graeber 2015), der wegen schwerster Menschenrechtsverstöße von Deutschland und anderen EU-Staaten aktiv bekämpft wird (vgl. Bundeswehr 2016a), die ihrerseits kurdische Kämpfer im Irak und Syrien unterstützen (vgl. Bundeswehr 2016b).

Es ist nicht falsch, mit der Türkei kooperieren zu wollen. Doch das darf nicht zu jedem Preis geschehen. Die EU muss dabei ihre Werte vertreten und die strikte Einhaltung des Rechts verlangen, statt das eigene Recht zu biegen. Bei den EU-Aufnahmekriterien dürfen keine faulen Kompromisse gemacht werden. Die gegenwärtige Türkei kann keinesfalls Mitglied wer-

den, während die vage Aussicht auf Mitgliedschaft wohl nicht mehr hinreichend zu den nötigen Reformen oder auch nur zum Verzicht auf ein weiteres Abgleiten zu einem autoritären islamischen Regime motiviert.

Es ist auf jeden Fall nötig, die eigenen Grenzen selbst zu schützen. Wenn Griechenland dazu nicht in der Lage ist, sollten die anderen Staaten der EU und vor allem des Schengen-Raumes dabei helfen. Wenn sich Griechenland nicht wirklich helfen lassen will, muss es aus dem Schengen-Raum zumindest faktisch ausgeschlossen werden, weil sonst wieder Grenzkontrollen zwischen allen europäischen Staaten notwendig werden.

3. Ukraine und Russland

Anfang 2014 hat Russland die Krim annektiert und destabilisiert seither die Ostukraine mit Gewalt (vgl. Bundesregierung 2016b). Die absolute Mehrheit der Ukrainer ist deshalb jetzt für die EU (vgl. Sakhno 2016 und zur Entwicklung Ukraine-Analysen 2015). Es gibt inzwischen das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine (Europäische Union 2014), dessen kurzfristige Absage zum Sturz des vorherigen Präsidenten Viktor Janukowitsch und den Militäraktionen Russlands geführt hatte. Die Niederländer haben sich jedoch in einem nicht bindenden Referendum mehrheitlich gegen die Ratifizierung ausgesprochen (vgl. Becker 2016) und eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine ist fern (vgl. Sommer 2016). Die ukrainische Wirtschaft ist vor allem durch den Konflikt mit Russland stark angeschlagen und viele ukrainische Politiker sind korrupt (vgl. Kahlweit 2016)

Gegen Russland bestehen wegen der Annexion der Krim Wirtschaftssanktionen der EU (siehe Europäische Union 2015). Deswegen und wegen gesunkener Rohstoffpreise schrumpft die russische Wirtschaft (vgl. Weltbank 2016). Es drohen neue militärische Abenteuer Russlands wie zuletzt in Syrien. Selbst NATO-Mitglieder wie die baltischen Staaten fühlen sich von Russland bedroht (siehe z. B. Landsbergis 2016).

Der Ukraine sollte über das bestehende Assoziierungsabkommen hinaus geholfen werden, wofür aber im Gegenzug die Durchführung ohnehin notwendiger Reformen verlangt werden muss. Selbst Russland könnte eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt werden, wenn es die nötigen Voraussetzungen erfüllt, wovon es leider noch weiter entfernt ist als die Ukraine. Insbesondere gewaltsame Grenzverschiebungen können nicht hingenommen werden. Da eine militärische Antwort nur bei einem Angriff auf ein NATO-Mitglied in Betracht käme, sind die bestehenden Wirtschaftssanktionen richtig. Zugleich muss an einer nachhaltigen Konfliktlösung gearbeitet werden. Eine Möglichkeit wäre, dass Russland seine Aktivitäten in der

Ostukraine einstellt und auf der Krim ein faires Referendum unter internationaler Beobachtung durchgeführt wird, bei der die Einwohner von Anfang 2014 für alle Seiten verbindlich darüber abstimmen, ob die Krim zu Russland oder zur Ukraine gehören soll oder unabhängig sein will.

4. Großbritannien

Am 23. Juni 2016 stimmt Großbritannien über einen Austritt aus der EU (Brexit) ab. Die Brexit-Befürworter haben in Umfragen z. T. schon die Mehrheit (siehe Helm 2016). David Cameron hat in den vorhergehenden Verhandlungen mit der EU relativ wenig herausgeholt (vgl. Slack et al. 2016, aber auch BBC 2016), doch immerhin muss sich Großbritannien nun auch offiziell nicht mehr an einer immer engeren politischen Union beteiligen, was damit auch für andere EU-Mitglieder gelten dürfte.

Ein Brexit hätte für Großbritannien, die EU und Deutschland unabsehbare Konsequenzen. Großbritannien könnte zerfallen, da insbesondere Schottland dann erneut über einen Austritt aus dem Vereinigten Königreich abstimmen würde. Großbritannien müsste auch über seinen Verbleib bzw. neuen Zugang zum EU-Binnenmarkt verhandeln, was vermutlich nur zu hohen Kosten möglich wäre. Faktisch könnte der momentan reduzierte britische Beitrag zum EU-Budget steigen und sich Großbritannien weiterhin an alle EU-Regeln halten müssen (wie z. B. auch Norwegen und die Schweiz), während es sein Stimmrecht innerhalb der EU verliert. Wenn der Brexit hingegen Schule macht und weitere Staaten austreten wollen, könnte die EU zerfallen. Gerade deswegen wird sie sich unnachgiebig in Austrittsverhandlungen zeigen und nach einem Brexit vermutlich noch zentralistischer und illiberaler werden. Deutschland würde ein wichtiger Verbündeter für vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik fehlen.

Deshalb ist ein Verbleib Großbritanniens in der EU für alle Seiten am besten. Die EU sollte dann aber nicht zur Tagesordnung übergehen und so weitermachen wie bisher, sondern auf die berechtigten Anliegen der Brexit-Befürworter eingehen. Sollte hingegen eine Mehrheit für den Brexit stimmen, ist Nachtreten die falsche Strategie. Die EU kann Größe durch Großzügigkeit beweisen, so dass die Briten vielleicht sogar wieder zurückkommen oder auf jeden Fall der EU eng verbunden bleiben. Der Marktzugang sollte Großbritannien zu vergleichbaren Bedingungen wie anderen euroäischen Ländern weiterhin ermöglicht werden.

5. Freihandel

Bei einem Brexit wäre der Freihandel mit Großbritannien gefährdet, zumindest müsste darüber verhandelt werden. In jedem Fall gibt es gegen das geplante Freihandelsabkommen der EU mit den USA, die *Transatlantic Trade and Investment Partnership* (TTIP), großen Widerstand (siehe Geers et al. 2016). Doch auch das entsprechende Freihandelsabkommen der EU mit Kanada, das *Comprehensive Economic and Trade Agreement* (CETA), ist noch nicht endgültig verabschiedet (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2016). Bei solchen Abkommen geht es nicht mehr einfach um den Abbau von Zöllen, die schon sehr niedrig sind, sondern um Marktöffnung und Standardisierung. Dabei droht ein Demokratiedefizit, wenn bestehende Standards nicht mehr mit demokratischer Mehrheit geändert oder sogar neue Standards von nicht hinreichend demokratisch legitimierten Gremien demokratisch gewählten Regierungen und Parlamenten vorgeschrieben werden können. Schon jetzt sind Geheimverhandlungen nicht wirklich demokratisch, was auch bei einem Verzicht auf nationale Ratifizierungen gilt, deren Notwendigkeit von der EU-Kommission bestritten wird.

Nach der schwierigen Verabschiedung des sogenannten Bali-Pakets der *World Trade Organization* (WTO) erweist sich die Fortführung der Doha-Runde für weiteren Freihandel als schwierig (vgl. Burmeister 2015), obwohl globale Freihandelsabkommen eigentlich sinnvoller sind als bilaterale und regionale. Wegen Beschränkungen der Freizügigkeit durch die Schweiz nach einer Volksabstimmungen drohen schließlich Handelsbeschränkungen durch die EU als Vergeltung (vgl. Dams et al. 2014).

Dabei ist richtig ausgestalteter Freihandel einer der wichtigsten Faktoren für wirtschaftlichen Wohlstand und individuelle Freiheit. Niemand wird gezwungen, ausländische bzw. außer-europäische Produkte und Dienstleistungen zu kaufen, aber es sollte auch niemandem willkürlich verboten werden. Das Bewusstsein für die Vorteile des Freihandels ist allerdings gering und der Lobbyismus gegen ihn groß. Schon bestehender Freihandel wie innerhalb der EU wird hingegen als selbstverständlich genommen. Doch seine Beschränkung z. B. im Falle eines Brexit würde der Wirtschaft stark schaden. Gerade die EU sollte deshalb offen für Freihandel werben und die entsprechenden Abkommen transparent machen.

6. Euro

Durch den Euro als Gemeinschaftswährung können die 19 Staaten der Eurozone untereinander weder auf- noch abwerten. Dadurch bleiben die Krisenländer in der Rezession, wofür die Deutschen mit Transfers und Kaufkraftverlusten bezahlen. Die EZB führt mit Null- oder so-

gar Negativzinsen und Anleihekäufen eine riesige Umverteilung durch (vgl. Sinn 2016). Diese wird durch Targetsalden (vgl. Sinn 2012) und die geplante Bankenunion (vgl. Fuest 2013) noch größer, zumal die vereinbarten Maastricht-Kriterien faktisch nicht mehr gelten. Notwendige Reformen werden verschleppt und beim nächsten Abschwung hat die EZB keinen Handlungsspielraum mehr. Die Eurozone dominiert mit 19 Mitgliedern die EU mit 28, in der Eurozone dominieren die finanziell schwachen Länder und hat die Deutsche Bundesbank regelmäßig gar kein Stimmrecht mehr (vgl. Deutsche Bundesbank 2014).

Der Euro ist eine unpassende Gemeinschaftswährung für völlig heteroge Volkswirtschaften souveräner Staaten. Es wäre am besten, zu nationalen Währungen zurückzukehren. Dabei bereitet der Übergang Probleme. Die finanziellen, realwirtschaftlichen und politischen Kosten einer Fortsetzung des Euroexperiments sind jedoch deutlich höher, zumal es dann vermutlich nur später scheitert. Zumindest sollten einzelne Staaten die Eurozone verlassen dürfen, ohne gleich ganz aus der EU austreten zu müssen. Außerdem müssen rechtsstaatliche Prinzipien wieder angewandt werden und muss der systematische Bruch vereinbarter Regeln aufhören. Auch sind die Kosten und Risiken transparent auszuweisen, statt sie mittels Garantien, Haftungsregeln, Schattenhaushalten und der EZB-Bilanz zu verstecken. Wenn insbesondere die deutschen Steuerzahler und Sparer immense Transfers leisten müssen, sollen sie das zumindest wissen und nicht darüber getäuscht werden.

7. Schulden

Die EU selbst hat keine eigenen Schulden, sondern finanziert sich vor allem durch Beiträge der Mitgliedsstaaten. Die EU-Staaten haben (Stand 2015) eine Staatsverschuldung in Höhe von durchschnittlich 85,2 % des Bruttoinlandprodukts (BIP), die Staaten der Eurozone in Höhe von durchschnittlich 90,7 % und Deutschland im Umfang von 71,2 % des BIP (siehe Eurostat 2016a). Die nicht ausgewiesenen Renten- und Pensionsverpflichtungen sind häufig deutlich höher (siehe Raffelhüschen et al. 2015, insbesondere S. 8). Hinzu kommen staatliche Garantien und die Verbindlichkeiten öffentlicher Betriebe (im Falle Deutschlands 16,4 % und 115,1 % des BIP, siehe Eurostat 2016b), aber auch hohe Schulden der privaten Haushalte und Unternehmen einschließlich Banken. Jeder Verbindlichkeit steht allerdings eine entsprechende Forderung gegenüber. Deutschland ist Nettogläubiger (vgl. Südwind-Magazin 2013).

Die Schuldenlast Griechenlands ist untragbar (vgl. Internationaler Währungsfonds 2015) und hemmt die wirtschaftliche Entwicklung, weshalb ein Schuldenschnitt nötig ist, der jedoch nicht ohne Gegenleistung bzw. nur bedingt auf konkrete Reformen erfolgen sollte. Auch viele

andere Staaten werden in Schwierigkeiten geraten, sobald die Zinsen wieder steigen. Nötig sind reale Investitionen in der ganzen EU. Stattdessen droht jedoch Blasenbildung bei Anlageformen wie Aktien, Immobilien, aber auch Anleihen, die Vermögen vortäuscht, die in der nächsten Krise oder auch nur bei einer moderaten Zinserhöhung in sich zusammensinken.

8. Demographie

Das natürliche Bevölkerungswachstum ist in Deutschland negativ und in der EU insgesamt leicht positiv mit fallender Tendenz, während der Wanderungssaldo jeweils positiv ist (vgl. Eurostat 2016c). Ungesteuerte Zuwanderung kann das Schrumpfen oder die Stagnation der einheimischen Bevölkerung jedoch nur quantitativ, nicht aber qualitativ ausgleichen. Dabei kann eine schrumpfende Bevölkerung pro Kopf durchaus reicher werden, wie Japan zeigt (vgl. Buttonwood 2012).

Wichtig sind Investitionen in Human- und Realkapital. Die Sozialsysteme sind so umzugestalten, dass nicht mehr einseitig abhängige Beschäftigung belastet wird, was gegenwärtig zu deren Abbau und damit noch höherer Belastung für die verbleibenden Beschäftigten beiträgt. Auch die bestehenden Schulden verteilen sich auf weniger Leistungsträger, was für ihren Reduktion spricht, solange die geburtenstarken Jahrgänge noch arbeiten.

9. Wachstum

Das BIP ist 2015 in der EU real um 1,9 % gewachsen, in der Eurozone um 1,6 %, in Deutschland um 1,7 % (vgl. Eurostat 2016d). Damit liegt die Eurozone aber kaum über dem Niveau von 2008. Griechenland schrumpft seither. Die Arbeitslosigkeit liegt in Griechenland bei 24,4 % (Stand Januar 2016), in Spanien bei 20,5 %, in der Eurozone bei 10,4 %, in der EU bei 8,9 % und in Deutschland nach der gleichen Methode bei 4,3 % (siehe Eurostat 2016e).

Die Politik hemmt eher das Wachstum, statt es zu fördern. Die Grundfreiheiten der EU sind gut für die Wirtschaft und ihr Wachstum, die diskretionäre Politik ist jedoch häufig schädlich. Dabei hilft Wachstum bei fast allen angesprochenen Problemen, weshalb eine wachstumsfreundliche Politik zu empfehlen ist.

10. Demokratie

Die EU leidet unter einem doppelten Demokratiedefizit. Denn erstens sind ihre eigenen Institutionen nicht sonderlich demokratisch. Die Abgeordneten des Europaparlaments werden je-

weils national gewählt, wobei nicht jede Stimme dasselbe Gewicht hat. Der Rat der Europäischen Union repräsentiert als Ministerrat die nationalen Regierungen, während die Mitglieder der Europäische Kommission von den nationalen Regierungen nominiert und vom Europaparlament bestätigt werden. Zweitens schwächt die EU die nationalen Demokratien und macht deren Regierungen direkt durch den Ministerrat und indirekt über die Europäische Kommission zur faktisch übergeordneten Legislative, da die EU-Richtlinien über dem nationalen Recht stehen bzw. in dieses umgesetzt werden müssen. Die vertragliche Grundlage dafür ist allerdings recht dünn. Im Konfliktfall entscheiden nationale Regierungen allerdings einfach alleine, wie die Flüchtlingskrise gezeigt hat.

Die EU ist kein Super- bzw. Bundesstaat und sollte das auch nicht länger anstreben (was Großbritannien bereits zugestanden wurde, siehe das 4. Kapitel), sondern den Binnenmarkt und die Grundfreiheiten verteidigen. Dem Subsidiaritätsprinzip ist wieder mehr Geltung zu verschaffen, so dass Entscheidungen möglichst dezentral getroffen werden und die EU nur für das zuständig ist, was nicht die Mitgliedstaaten und ihre Untergliederungen selbst erledigen können. Die Mitgliedsstaaten sind im Gegensatz zur EU funktionierende Demokratien. Für eine echte europaweite Demokratie fehlen aktuell und für die absehbare Zukunft wichtige Voraussetzungen wie ein Staatsvolk, welches sich auch als ein solches begreift, eine gemeinsame europäische Öffentlichkeit, eine gemeinsame Sprache, europäische statt nur nationale Parteien und Politiker etc.

Literatur

BBC (2016): „EU Reform Deal: What Cameron Wanted and What He Got“, BBC News, 28.02.16, im Internet unter <http://www.bbc.com/news/uk-politics-eu-referendum-35622105> (letzter Abruf am 29.04.16).

Becker, Markus (2016): „Referendum in den Niederlanden: Doppelte Ohrfeige für die EU“, Spiegel-Online, 7.04.16, im Internet unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/niederlande-und-das-ukraine-abkommen-doppelte-ohrfeige-fuer-die-eu-a-1085856.html> (letzter Abruf am 29.04.16).

Bonin, Holger (2016): „Gewinne der Integration: Berufliche Qualifikation und Integrations-tempo entscheiden über die langfristigen fiskalischen Kosten der Aufnahme Geflüchteter“, böll.brief #1, Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Internet unter http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Gewinne_der_Integration_BoellStiftung.pdf (letzter Abruf am 29.04.16).

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2016): „Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA)“, Berlin, im Internet unter <http://www.bmwi.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/Freihandelsabkommen/ceta.html> (letzter Abruf am 29.04.16).

Bundesregierung (2016a): „Böhmermann-Schmähgedicht: Bundesregierung lässt Strafverfolgung zu“, 15.04.16, Berlin, im Internet unter <https://www.bundesregierung.de/Content/>

- DE/Artikel/2016/04/2016-04-15-bundesregierung-entscheidung-boehmermann.html (letzter Abruf am 29.04.16).
- Bundesregierung (2016b): „Ukraine: Ein schwelender Konflikt in Europa“, 19.04.16, im Internet unter <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Sicherheitspolitik/Artikel/2016-04-14-ukraine-ein-schwelender-konflikt-in-europa.html> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Bundeswehr (2016a): „Einsatz der Bundeswehr über Syrien und dem Irak“, Stand 28.04.16, im Internet unter http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw!/ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK9pPKU1PjUzLzixJIqIDcxu6Q0NScHKpRaUpWqV1xZlJmap1-Q7agIAF5IseM/ (letzter Abruf am 29.04.16).
- Bundeswehr (2016b): „Einsatz der Bundeswehr im Irak“, Stand 28.04.16, im Internet unter http://www.einsatz.bundeswehr.de/portal/a/einsatzbw!/ut/p/c4/04_SB8K8xLLM9MSSzPy8xBz9CP3I5EyrpHK9pPKU1PjUzLzixJIqIDcxu6Q0NScHKpRaUpWq11mUmK1fkO2oCACNLxLR/ (letzter Abruf am 29.04.16).
- Burmeister, Thomas (2015): „WTO-Staaten schnüren ‚Nairobi-Paket‘“, Mittelbayerische, 20.12.15, im Internet unter <http://www.mittelbayerische.de/wirtschaft-nachrichten/wto-staaten-schnueren-nairobi-paket-21840-art1321463.html> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Buttonwood (2012): „Taking Lessons from Japan“, Buttonwood’s Notebook, 28.03.12, Economist Blog, im Internet unter <http://www.economist.com/blogs/buttonwood/2012/03/economic-growth> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Dams, Jan/Kaiser, Tobias/von Borstel, Stefan (2014): „Die Schweizer zittern vor der Guillotine-Klausel“, Die Welt, 10.02.14, im Internet unter <http://www.welt.de/wirtschaft/article124722795/Die-Schweizer-zittern-vor-der-Guillotine-Klausel.html> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Deutsche Bundesbank (2014): „Wie die Stimmrechte im EZB-Rat rotieren“, 19.09.14, Frankfurt a. M., im Internet unter http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Themen/2014/2014_09_21_rotationsprinzip.html (letzter ABruf am 29.04.16).
- Eitel, Anja/Zschäpitz, Holger (2016): „Ist Merkel schuld an der Flüchtlingskrise? Wer sonst?“, Interview mit Paul Collier, Die Welt, 29.01.16, im Internet unter <http://www.welt.de/wirtschaft/article151603912/Ist-Merkel-schuld-an-Fluechtlingskrise-Wer-sonst.html> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Europäische Kommission (2016): „EU-Turkey Agreement: Questions and Answers“, 19.03.16, Brüssel, im Internet unter http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-963_en.htm (letzter Abruf am 29.04.16).
- Europäische Union (2013): „Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf interantionalen Schutz zuständig ist (Neufassung)“, Amtsblatt der Europäischen Union, 29.06.13, L180/31-59, im Internet unter <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R0604> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Europäische Union (2014): „Association Agreement Between the European Union and Its Member States, of the One Part, and Ukraine, of the Other Part“, Official Journal of the

- European Union, 29.05.14, L 161/3-2137, im Internet unter http://www.eeas.europa.eu/ukraine/docs/association_agreement_ukraine_2014_en.pdf (letzter Abruf am 29.04.16).
- Europäische Union (2015): „EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Krise in der Ukraine“, 21.12.15, Brüssel, im Internet unter http://europa.eu/newsroom/highlights/special-coverage/eu_sanctions_de (letzter Abruf am 29.04.16).
- Eurostat (2016a): „Öffentlicher Bruttoschuldenstand“, Stand der Daten 25.04.16, Luxemburg, im Internet unter <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=tsdde410> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Eurostat (2016b): „Wie hoch sind Eventualverbindlichkeiten und notleidende Kredite in den EU-Mitgliedstaaten?“, Eurostat-Pressemitteilung 20/2016, 27.01.16, Luxemburg, im Internet unter <http://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/7143462/2-27012016-AP-DE.pdf/26e28e1c-6977-4074-a7ed-c7ce467b37c1> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Eurostat (2016c): „Statistiken zur Bevölkerung und zum Bevölkerungswachstum“, letzte Aktualisierung am 10.03.16, Luxemburg, im Internet unter http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Population_and_population_change_statistics/de (letzter Abruf am 29.04.16).
- Eurostat (2016d): „Wachstumsrate des realen BIP – Volumen“, Stand der Daten 28.04.16, Luxemburg, im Internet unter <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=tec00115&plugin=0> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Eurostat (2016e): „Harmonisierte Arbeitslosenquote nach Geschlecht“, Stand der Daten 29.04.16, Luxemburg, im Internet unter <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=de&pcode=teilm020&plugin=1> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Fuest, Clemens (2013): „Die Schwächen der EU-Bankenunion“, FAZ, 3.09.13, im Internet unter <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/gastbeitrag-die-schwaechen-der-eu-bankenunion-12558402.html> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Geers, Theo/König, Jürgen, Meurer, Friedbert (2016): „Vier Buchstaben irritieren Europa“, Deutschlandfunk, 20.04.16, im Internet unter http://www.deutschlandfunk.de/freihandels-abkommen-ttip-vier-buchstaben-irritieren-europa.724.de.html?dram:article_id=351944 (letzter Abruf am 29.04.16).
- Graeber, David (2015): „Turkey Could Cut Off Islamic State’s Supply Lines So Why Doesn’t It?“, The Guardian, 18.11.15, im Internet unter <http://www.theguardian.com/commentisfree/2015/nov/18/turkey-cut-islamic-state-supply-lines-erdogan-isis> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Helm, Toby (2016): „EU Referendum: Poll Shows Young Voters Could Hold Key in June Vote“, The Guardian, 2.04.16, im Internet unter <http://www.theguardian.com/politics/2016/apr/02/eu-referendum-young-voters-brexit-leave> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Internationaler Währungsfonds (2015): „Greece: An Update of IMF Staff’s Preliminary Public Debt Sustainability Analysis“, IMF Country Report No. 15/186, 14.07.15, Washington, D. C., im Internet unter <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15186.pdf> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Kahlweit, Cathrin (2016): „Ministerrücktritt in der Ukraine – letzter Aufschrei gegen Korruption“, SZ.de, 7.02.16, im Internet unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-letzter-aufschrei-1.2852657> (letzter Abruf am 29.04.16).

- Karakoyun, Ercan (2016): „Für Erdogan hat der Rechtsstaat aufgehört zu existieren“, FAZ.NET, 6.03.16, im Internet unter <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/tuerkei/tuerkei-kontrolliert-zaman-fuer-erdogan-hat-der-rechtsstaat-aufgehoert-zu-existieren-14109077.html> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Landsbergis, Vytautas (2016): „Wie man mit Russland umgehen sollte“, Die Welt, 22.02.16, im Internet unter <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article152515301/Wie-man-mit-Russland-umgehen-sollte.html> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Raffelhüschen, Bernd/Moog, Stefan/Reeker, Gerrit (2015): „Ehrbare Staaten? EU-Nachhaltigkeitsranking 2015“, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin, im Internet unter http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/Generationenbilanz/Folien-EU-Ranking_2015_24-11-2015.pdf (letzter Abruf am 29.04.16).
- Sakhno, Yulia (2016): „Which Direction of Foreign Policy Should Ukraine Take: European Union, Customs Union (December 2015)“, Presseerklärung 27.01.16, Kiev International Institute of Sociology, Kiew, im Internet unter <http://www.kiis.com.ua/?lang=eng&cat=reports&id=584&page=2&t=3> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Sinn, Hans-Werner (2012): „Die Target-Falle: Gefahren für unser Geld und unsere Kinder“, Carl Hanser Verlag, München.
- Sinn, Hans-Werner (2016): „Die verkehrte Welt der Europäischen Zentralbank“, WirtschaftsWoche, 18.03.16, S. 36, im Internet unter http://www.hanswernersinn.de/de/WiWo_18032016 (letzter Abruf am 29.04.16).
- Slack, James/Stevens, John/Doyle, Jack/Calderwood, Imogen (2016): „Call That a Deal, Dave? Critics Savage Cameron’s Pact for ‘Special Status’ in the EU That Gives Away Key Demands on Welfare, Borders and Child Benefits“, Mail-Online, 19.02.16, überarbeitet am 20.02.16, im Internet unter <http://www.dailymail.co.uk/news/article-3455306/Drama-European-leaders-come-agreement-UK-marathon-Brussels-talks-threatened-end-humiliating-defeat-Cameron.html> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Sommer, Theo: „Weder Russland noch Europa“, Zeit-Online, 8.03.16, im Internet unter <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/ukraine-eu-nato-mitgliedschaft-5vor8> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Südwind-Magazin (2013): „Auslandsverschuldung/Fakten“, Südwind-Magazin 09/2013, im Internet unter <http://www.suedwind-magazin.at/auslandsverschuldungsfakten> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Ukraine-Analysen (2015): „Umfrage: Die Ukraine zwischen der EU und Russland“, Ukraine-Analysen, Nr. 151, 13.05.15, Bremen, S. 12-15, im Internet unter <http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen151.pdf> (letzter Abruf am 29.04.16).
- Weltbank (2016): „The Long Journey to Recovery“, Russia Economic Report No. 35, April 2016, Moskau, im Internet unter http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2016/04/15/090224b08429dcfe/1_0/Rendered/PDF/RussiaOrconomi00journey0to0recovery.pdf (letzter Abruf am 29.04.16).

Diskussionspapiere des Instituts für Organisationsökonomik

Seit Institutsgründung im Oktober 2010 ist monatlich ein Diskussionspapier erschienen. Im Folgenden werden die letzten zwölf aufgeführt. Eine vollständige Liste mit Downloadmöglichkeit findet sich unter <http://www.wiwi.uni-muenster.de/io/de/forschen/diskussionspapiere.html>

- DP-IO 4/2016** Aktuelle Probleme der EU
Alexander Dilger
April 2016
- DP-IO 3/2016** Implikationen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes für Hochschulen und Mitarbeiter
Alexander Dilger
März 2016
- DP-IO 2/2016** Fördert sportliche Aktivität den beruflichen Aufstieg?
Michael Müller
Februar 2016
- DP-IO 1/2016** Does Attractiveness Win?
On the Gender-Specific Impact of Attractiveness on Athletic Performance in Tennis
Linn-Brit Bakkenbüll
Januar 2016
- DP-IO 12/2015** Drittmittelorientierung als Risiko für Hochschulen
Alexander Dilger
Dezember 2015
- DP-IO 11/2015** The Willingness to Pay for a German Win of the 2014 FIFA World Cup in Brazil
Linn-Brit Bakkenbüll/Alexander Dilger
November 2015
- DP-IO 10/2015** 5. Jahresbericht des Instituts für Organisationsökonomik
Linn-Brit Bakkenbüll/Alexander Dilger
Oktober 2015
- DP-IO 9/2015** How to Apply as a Doctoral Student in Germany?
Alexander Dilger
September 2015
- DP-IO 8/2015** Welche Unternehmen profitieren vom Euro?
Alexander Dilger
August 2015
- DP-IO 7/2015** Bundesrepublik Erde
Grundrechte und Grundgesetz für die ganze Welt
Alexander Dilger
Juli 2015
- DP-IO 6/2015** Leiharbeit im Profifußball
Sind Leihspieler stärker motiviert?
Michael Müller
Juni 2015
- DP-IO 5/2015** Which Currency Is Best for Business in a Small Country?
Alexander Dilger
Mai 2015



Herausgeber:
Prof. Dr. Alexander Dilger
Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Institut für Organisationsökonomik
Scharnhorststr. 100
D-48151 Münster

Tel: +49-251/83-24303
Fax: +49-251/83-28429

www.wiwi.uni-muenster.de/io

